

Kein Abriss

Hundseck im Fokus

Schwarzwaldhochstraße (BNN). „Der Petition Hundseck konnte aus rechtlichen Gründen mehrheitlich nicht entsprechen werden“, heißt es von MdL Beate Böhlen (Grüne), Vorsitzende im Petitionsausschuss des Landes. Bekanntlich hatte Professor Jörg Schmidt, ehemals Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, in seiner Petition das Land aufgefordert, den Abriss der Ruine Hundseck in die Wege zu leiten.

Böhlen führt aus, die Mitglieder des Ausschusses seien sich einig gewesen, dass das ehemalige Kurhaus Hundseck einen erbärmlichen Anblick biete und so schnell als möglich abgebrochen werden sollte. Die Problematik zeige sich aber darin, dass der bauordnungsrechtlich begründete Abbruch gestoppt werden musste, nachdem Sachverständige feststellten, dass keine weitere Einsturzgefahr bestand.

Böhlen: „Dieser Abbruchstopp war rechtlich geboten, da die Voraussetzungen für den Eigentumseingriff durch Zwangsmaßnahmen nicht mehr gegeben waren“. Die Bitte, nun auf Grundlage des Naturschutzgesetzes den Abbruch vornehmen zu können, stoße auf gesetzliche Grenzen. Denn das würde bedeu-

Der Petition wird nicht entsprochen

ten, dass es über das Naturschutzrecht möglich wird, das Gebäude, obwohl nicht einsturzgefährdet, abzureißen und somit die Landesbauordnung außer Kraft zu setzen.

Mit Überraschung reagiert MdL Tobias Wald (CDU) auf diese Entscheidung: „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Stadt Bühl und des Landratsamts“, kommentiert der Wahlkreisabgeordnete, der betont, dass Stadt und Kreis „auf der Basis eines unbegründeten Widerspruchs der türkischen Eigentümer richtig gehandelt haben“. Wald befürchtet, dass sich nach der Petitionsausschuss-Entscheidung nun weder Stadt noch Kreisbehörde in dieser Sache weiter engagieren, zumal sie offensichtlich keine Unterstützung vom Land zu erwarten haben. Mit Blick auf die auch ins Spiel gebrachte Zwangsversteigerung betont Wald, dass ein solches Verfahren große Unsicherheiten mit sich bringe, da dabei ein Vorkaufsrecht keine Rolle spiele und einfach der Meistbietende den Zuschlag erhalte. „Ich habe mir gewünscht, dass die Region zusammensteht und gemeinsam mit dem Land das Problem löst. Mit einem Abriss wäre das schneller erledigt gewesen. Voraussichtlich am 29. Oktober wird der Landtag von Baden-Württemberg über die Petition endgültig entscheiden, so Böhlen: „Ich hoffe sehr, dass es bald zu einer rechtlich einwandfreien Lösung für die Hundseck kommt. An diesem Beispiel sieht man, was Menschen anrichten, wenn sie nur auf ihren eigenen, vermeintlichen Vorteil fokussiert sind.“